

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 46 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 17. Juni 1950

Seite I

A V f Nordrhein-Westfalen

Zum 18. Juni: Appell an die christliche Arbeiterschaft

Mehr als 8 Millionen Wähler des Landes Nordrhein-Westfalen sind am 18. Juni an die Wahlurne gerufen; sie sollen die Vertreter für den neuen Landtag wählen und zugleich ihr Bekenntnis zur neuen Landesverfassung ablegen. Zweifellos eine Aufgabe von höchster staatspolitischer Bedeutung!

Schon die Größe und die wirtschaftliche Bedeutung des Landes machen es begreiflich, daß die gesamte CDU wie auch die CSU dem 18. Juni mit größter Spannung entgegensehen. Zum ersten Male seit 1947 wird sich an Rhein und Ruhr entscheiden, ob die große Koalition auch weiterhin die parlamentarische Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit sein soll oder ob sich aus einer Verschiebung der parteipolitischen Gewichte eine andere Konstellation ergibt. Entscheidend dafür ist, in welchem Maße die Massen der Wähler, und hier vor allem der Arbeiterschaft, mit ihrem Stimmschein die Politik des Ministerpräsidenten Arnold deckt. Es ist eine unbestreitbare und durch die gegebenen Verhältnisse als richtig erwiesene Tatsache, daß die Landespolitik am stärksten von der sozialpolitischen Seite her beeinflußt wird. Es erhebt sich die Frage, ob der sozialpolitische Kurs Arnold-Sockeln eine so starke Anziehungskraft ausübt, daß die Masse der Arbeiterschaft ihnen noch einmal die Vollmacht gibt, auf dieser Linie weiterzumarschieren. Eine objektive Würdigung der seitherigen Entwicklung kann nicht leugnen, daß die Politik Arnolds die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerschaft weitgehend berücksichtigt hat. Es kann aber auch nicht verschwiegen werden, daß diese Politik, wenn es um die Realisierung solcher Interessen geht, sich notwendigerweise den Grenzen nähern muß, die ihr durch die Grundauffassungen der CDU gesetzt sind. Diese Grenzen sind deutlich abgesteckt. Man kann allenfalls zwischen hüben und drüben verhandeln — ein Unding ist es jedoch, die Grenzen niederreißen zu wollen und um erhoffter Vorteile willen einer Vermassung der Arbeiterschaft den Weg zu ebnen.

Wir wissen, daß die christliche Arbeiterschaft, die an Rhein und Ruhr vielleicht noch mehr als anderwärts an den Lehren der christlichen Gewerkschafts- und Sozialpolitik geschult ist, die Grenzen ihres Handelns und Wollens kennt und daß sie weder den Sozialismus marxistischer Prägung will, noch daß sie ihre führenden Männer zu politischen Unmöglichkeiten zwingt. Diese Arbeiterschaft ist — das hat sie in der Vergangenheit oft genug bewiesen — so diszipliniert, daß sie ihren eigenen Weg geht und daß sie den lärmenden Ueberredungskünsten der SPD nicht verfällt. Was aber weit wichtiger ist: in dieser Arbeiterschaft ist — trotz allem — noch das dem Gewissen verpflichtete christliche Bewußtsein lebendig, das um die Verantwortung um die letzten Dinge weiß.

Diese Ueberzeugung bestärkt uns in der sicheren Zuversicht, daß die christlich-demokratische Arbeiterschaft von Nordrhein-Westfalen am Wahltag sich zu „ihren“ bewährten Männern, daß sie sich zur CDU bekennt. Sie wird aus dem gleichen Verantwortungsbewußtsein ihr Ja zur Verfassung abgeben — zu jenem Werk, das die christlichen Grundsätze der Politik in der Wirtschaft, in der Familie wie in der Schule, zum Fundament der künftigen Landespolitik macht. Mit einem wachen Sinn für die großen Entscheidungen hat das christliche Volk an Rhein und Ruhr die letzten schweren Kämpfe um das Grundgesetz verfolgt. Wie wichtig auch immer die materiellen Forderungen des Tages sind — unendlich bedeutungsvoller ist für dieses

christliche Volk, daß die Rechte des Glaubens und der Religion unangetastet bleiben und daß die christliche Erziehung der Kinder in vollem Umfange gewährleistet ist. Diese Garantien sind in der Landesverfassung verankert. Daß dieses Ergebnis möglich war, ist einzig der Einsicht der beiden christlichen Parteien unter Führung der CDU zu danken. Gerade bei diesen Auseinandersetzungen hat sich erwiesen, daß weder der Sozialismus noch der Liberalismus auch nur daran denken, dem christlichen Volk das Recht einzuräumen, auf das es einen naturgesetzlichen Anspruch hat. Dies auszusprechen ist unsere Pflicht — unbeschadet aller Koalitionsfragen, die nach dem 18. Juni mit der SPD oder mit der FDP notwendig werden könnten. In diesem entscheidenden Punkte hat Ministerpräsident Arnold kompromißlos gehandelt. Er hat nicht das Gewissen etwaigen materiellen Vorteilen geopfert, sondern mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß es in den Fragen des Elternrechts und der Erziehung „für die christlichen Politiker unseres Landes keine Kompromisse“ gibt. Diese Haltung muß die Haltung des gesamten christlichen Volkes am 18. Juni sein. Dann wird der Wahlsieg der CDU und die Billigung der Verfassung nicht zweifelhaft sein!

Es ist nur zu natürlich, daß in den Wahlkampf auch die Fragen der Bundespolitik hineinspielen. So wird das Volk von Nordrhein-Westfalen indirekt auch über die künftige Bundespolitik zu bestimmen haben. Auch hier kann die Orientierung nicht schwer sein. Es genügt der Hinweis auf die verantwortungsbewußte Politik des Bundeskanzlers, auf die sozial aufgeschlossene Politik des Bundesarbeitsministers, auf die illusionslose Politik des Wirtschaftsministers und die unermüdliche Arbeit der anderen CDU-Minister, um zu beweisen, daß auch hier die Belange des christlichen Volkes in guten Händen liegen. Daß es weiterhin so bleiben wird, auch darüber wird der Wahlausgang vom 18. Juni weitgehend bestimmen.

Für die bei den Landtagswahlen zu erwartenden Ergebnisse sind folgende Vergleichszahlen von Interesse:

a) Landtagswahl vom 20. April 1947

Wahlbeteiligte 7 860 608, Abgegebene Stimmen 5 290 598, Wahlbeteiligung 67,3 %, gültige Stimmen 5 028 692, ungültige Stimmen 261 706.

Partei	Stimmen	in v. H.	Sitze
CDU	1 889 581	37,5	96
SPD	1 607 487	32,0	64
KPD	702 410	14,0	28
Zentrum	491 138	9,8	16
FDP	298 995	5,9	12
DKP/DRP	24 879	0,5	—
VWR	13 547	0,3	—
Unabhängige	855	—	—

b) Bundestagswahl vom 14. August 1949

Wahlberechtigte 8 500 045, abgegebene Stimmen 6 906 019, Wahlbeteiligung 79,1 %, gültige Stimmen 6 722 800, ungültige Stimmen 183 200.

Partei	Stimmen	in v. H.
CDU	2 481 354	36,9
SPD	2 107 898	31,4
KPD	512 489	7,6
Zentrum	601 278	9,0
FDP	580 275	8,6
DKP/DRP	118 005	1,7
RSF	142 507	2,1
RWV	21 910	0,3
Unabhängige	157 084	2,4

A V e Niedersachsen

Auch die SPD hat ihren „Fall Gereke“

Die berechtigte Kritik, die die Besprechungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Gereke mit dem Vize-Ministerpräsidenten Ulbricht ausgelöst haben, führten zu einer Aussprache zwischen Ministerpräsident Kopf und Dr. Gereke einerseits und dem Fraktionsvorsitzenden der niedersächsischen CDU, Cillien, und MdL Fratzscher andererseits. Abg. Cillien hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß Dr. Gereke gegen den Beschluß des Zonenausschusses vom 8. Mai 1950, sich an keinen Besprechungen mit der Ostzone zu beteiligen, verstoßen habe. Dr. Gereke erklärte, daß seiner Ansicht nach wirtschaftliche Verhandlungen davon nicht betroffen würden.

Die Delegiertenkonferenz der CDU des Kreises Stade faßte nach vorausgegangenem Bericht Dr. Gerekes eine Entschliebung, in der die Delegierten Dr. Gereke dafür danken, daß er sich tatkräftig für gesamtdeutsche Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt habe. Rechtsanwalt Plögers und Oberregierungsrat a. D. Nissen vom CDU-Kreisvorstand fügten hinzu, daß wirtschaftliche Dinge nicht ins ideologische oder politische Fahrwasser abgeschoben werden dürften.

Der „Telegraf“, das Organ der Berliner SPD, fühlt sich bemüßigt, am Fall Gereke ein parteipolitisches Süppchen zu kochen. Unter der Ueberschrift „Der Konservenminister“ schreibt das Blatt in seiner Ausgabe vom 9. Juni, der „unbelehrbare Brückenbauer“ beginne nach dem Osten zu rollen; Dr. Gereke könne den „traurigen Ruhm für sich buchen, das kommunistische Regime in der Ostzone durch einen kleinen Beitrag gefestigt zu haben“. Einige Töne deutlicher wird das gleiche Blatt in der Ausgabe vom 10. Juni, wo es unter der Ueberschrift „Gerekes Extratouren“ heißt, daß es der SED weniger auf Handelsgeschäfte als auf eine Stärkung ihres politischen Prestiges ankomme. „Wer, wie Dr. Gereke, kurzzeitig genug ist, oder vielleicht auch zu ehrgeizig“, so schreibt das Blatt, „wird jetzt durch den Gang der Entwicklung belehrt, wie sehr er den Interessen der Kommunisten gedient hat“.

Der „Telegraf“ hat es wohlweislich unterlassen, die CDU für die Eigenmächtigkeiten Dr. Gerekes verantwortlich zu machen. Das Blatt hält es aber aus naheliegenden Gründen für notwendig, seine Leser dahin zu unterrichten, daß die „offiziellen Regierungsstellen des Bundes und des Landes Niedersachsen sich von dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister distanzieren“ haben. Diese Methode, den Ministerpräsidenten Kopf vorsichtig aus der öffentlichen Diskussion zurückzuziehen und ihm gewissermaßen den Stempel des politischen Desinteresses aufzudrücken, ist leider zu plump, als daß jemand an ihre Echtheit glauben könnte. Dr. Gereke selbst hat, wenn wir recht unterrichtet sind, in aller Öffentlichkeit erklärt, daß er seinen Kabinetts-

chef vor Antritt seiner Berliner Reise über seine Reisepläne unterrichtet habe. In einer geordneten Verwaltung, wie es eine Landesregierung sein sollte, ist ja auch ein anderes Verfahren kaum denkbar. Es liegt die Vermutung nahe, daß Herr Kopf nach dem Motto „Hannemann geh du voran“ seinen Kollegen sogar ermuntert, es mindestens aber wohlwollend geduldet hat, daß ein so routinierter Verhandlungsführer wie Dr. Gereke etwas Entscheidendes für die niedersächsische Konservenindustrie zu unternehmen sich entschloß. Wenigstens indirekt bestätigt wird diese Vermutung durch die auffallende Tatsache, daß zwar die Bundesregierung in einer offiziellen Verlautbarung, nicht aber wie der „Telegraph“ behauptet, auch die „offizielle Regierungsstelle“ des Landes Niedersachsen Herrn Dr. Gereke ihre Mißbilligung ausgesprochen hat. Wir fürchten, daß das Kabinetts-Kopf sich auch niemals zu einer solchen Verlautbarung herbeilassen wird, und zwar schon deshalb nicht, weil nach Pressemeldungen der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Weihberg Herrn Dr. Gereke auf seiner Berliner Reise begleitet hat. Herr Weihberg ist — und das ist das Pikante an der Geschichte — Leiter einer Konservenfabrik. Daß er ohne Wissen seines Fraktionsvorstandes gehandelt hat, ist zwar nicht uninteressant, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sein Verhalten genau so kritikwürdig ist, wie das des Herrn Dr. Gereke.

Dem „Telegraf“ möchten wir deshalb empfehlen, den Fall Weihberg mit der gleichen Gründlichkeit zu behandeln, die er im Falle Gereke aus sehr durchsichtigen Gründen für notwendig hält. Vor allem aber scheint es angebracht, daß der „Telegraf“ den Ministerpräsidenten Kopf und die Hanoversche SPD-Zentrale dafür zur Ordnung ruft, daß sie den Fall Weihberg totschweigen.

Fall Gereke vor dem Zonenausschuß

Der geschäftsführende Vorstand des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone hat sich am 13. Juni mit dem Fall Dr. Gereke befaßt und nach eingehender Beratung gemäß § 1 Ziff. 2 Abs. c der Ehrengerichtsordnung der CDU der britischen Zone beschlossen, die Angelegenheit dem Ehrengericht des Zonenausschusses zu unterbreiten. An den ersten Vorsitzenden des Zentralausschusses der Landesverbände der CDU Hannover, Oldenburg und Braunschweig, Oberkirchenrat Cillien, erging die schriftliche Mitteilung, daß mit dieser Entscheidung des Zonenvorstandes die Zuständigkeit der Angelegenheit Dr. Gerekes auf die Zonenpartei übergegangen ist. Der Vorstand hält es für selbstverständlich, daß Minister Dr. Gereke bis zum Abschluß des gegen ihn eröffneten Ehrengerichtsverfahrens die Ausübung seiner Aemter in der Partei nicht wahrnimmt.

C b Landesparteien

Nürnberg — eine sozialistische Hochburg

Die SPD-Herrschaft in der Nürnberger Stadtverwaltung hat der Bürgerschaft in den letzten Jahren eine derartige Fülle von marxistischen Experimenten geliefert, daß auch der kommunalpolitisch indifferente Steuerzahler allmählich merkt, wohin die Reise geht, wenn es nicht endlich gelingt, die Front des Widerstandes zu stärken. Die CSU-Fraktion hat von Anfang an in der vordersten Reihe dieses Widerstandes gestanden. Es ist daher nur natürlich, daß sie in besonderem Maße berufen ist, die Bürger auf die besorgniserregende Entwicklung hinzuweisen und den christlichen Volksteil vor den Gefahren zu warnen, die sich aus seiner Teilnahmslosigkeit, Zersplitterung und Nachgiebigkeit ergeben müssen. Dieser Aufgabe diente die große öffentliche Versammlung der CSU am 5. Juni, in der der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Nürnberger Stadtrat, Hans Hassel, über das Thema „Nürnberger, was Ihr vom Stadtrat nicht wißt“ sprach. Was Hassel aus genauester Kenntnis der Verhältnisse und der Verbindungen zur sozialistischen Personal-, Kultur- und Finanzpolitik zu sagen wußte, war in der Tat erschütternd. Erstmals erfuhr die breite Öffentlichkeit, daß die städtische Personalpolitik von einer kommunistischen Personalpflegerin überprüft wird, daß ein städtischer Beamter im Vorzimmer des Oberbürgermeisters, parteipolitisch

gebundene Gewerkschaftspolitik treibt und daß der Betriebsratsvorsitzende der Kriminalpolizei, deren Aufgabe der Schutz der Verfassung sein sollte, ein Kommunist ist. Obgleich 95 % der Stadt als Christen den beiden großen Konfessionen angehören, sind 30 % der Stadträte freireligiös. Für die konfessionell gebundenen Kinderschulen, die zwei Drittel solcher städtischen Einrichtungen darstellen, wurden nur 40 000 DM bewilligt, während das restliche Drittel mit 200 000 DM bedacht wurde. Die freien Schulen wurden mit 125 000 DM bezuschußt — die konfessionellen höheren Schulen gehen leer aus. Die SPD hat der CSU einen an Schärfe täglich zunehmenden Kulturkampf aufgezwungen. Die Enthüllungen des Fraktionsvorsitzenden Hassel sind um so erschütternder, als den 95 000 sozialistischen Wählern bei der letzten Bundestagswahl eine nichtsozialistische Mehrheit von 105 000 gegenüberstand. Die CSU hat der Nürnberger Mißwirtschaft schärfsten Kampf angesagt. Ob er gewonnen wird hängt davon ab, ob sich der christliche Volksteil unter Zurückstellung aller persönlichen Eifersüchteleien zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließt. Die sozialistische Hochburg im Bayernlande muß bei den nächsten Wahlen fallen — das ist die einzig mögliche Lösung.

C a Arbeitsgemeinschaft**Aufbau der Gesamtpartei**

Der in der Gründungsversammlung von den Vertretern der Landesverbände am 11. Mai eingesetzte achtköpfige Ausschuß zur Vorbereitung der aus der Gründung erwachsenden organisatorischen Aufgaben tritt am 25. Juni im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter zusammen. Er wird sich u. a. mit wichtigen Organisationsfragen innerhalb der Partei und mit Vorschlägen zum ersten Bundesparteitag der CDU befassen. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind, wie bereits mitgeteilt, für den 26. Juni gleichfalls nach Königswinter eingeladen (vgl. Nr. 45 v. 14. Juni 1950).

C b Landesparteien**Landesvorstand und Landesauschuß der CSU**

Die Landesvorstandschafft der CSU trat am 10. Juni in München zur Beratung wichtiger Organisations- und Finanzprobleme und zur Vorbereitung der für den 17./18. Juni anberaumten Landesversammlung zusammen. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Dr. Ehard werden die Fragen des Wohnungsbaues und der Arbeitsbeschaffung und deren Finanzierung in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Zum sozialpolitischen Kurs erklärte Dr. Ehard, die Forderung der CSU gehe auf keinen Fall auf einen Rentenstaat, sondern auf produktive Erwerbsfürsorge und produktive Wirtschaftspolitik; nur hier liege die Lösung der sozialen Probleme. — Im Landesauschuß der CSU betonte Dr. Ehard im Anschluß an ein Referat des stellv. Fraktionsvorsitzenden Dr. von Prittwitz über den Stand der Beratungen zum Entnazifizierungsgesetz, daß die Frage der Wählbarkeit der Mitläufer endlich positiv entschieden werden müsse. Auch die übrigen Ziele des Schlußgesetzes — Beendigung der Entnazifizierung und Bereinigung schwebender Beamtenfragen — sei entschieden zu bejahen. Der Landesauschuß nahm von der Aufhebung der Verordnung 113 zustimmend Kenntnis. Er billigte einen vom Landesvorsitzenden unterbreiteten Vorschlag, auf der Landesversammlung nur die satzungsgemäße Wahl des 1. Landesvorsitzenden vorzunehmen und die auf dem Landesauschuß in Fürth gewählten Stellvertreter, Karl Sigmund Mayr und Dr. Michael Horlacher, zu bestätigen. Die Neuwahl der beiden stellv. Landesvorsitzenden soll dann auf der übernächsten Landesversammlung, die unmittelbar nach den Landtagswahlen zusammentreten wird, stattfinden (vergl. Nr. 44 vom 10. Juni 1950).

A III 1 a CDU/CSU**Peter Horn Nachfolger Dr. Schlanges**

Der Frankfurter Stadtverordnete Peter Horn hat mit sofortiger Wirkung das Bundestagsmandat des als Generalkonsul nach London versetzten hessischen Bundestagsabgeordneten Dr. Schlange-Schönninggen übernommen.

Horn stand bis 1925 ehrenamtlich an führender Stelle in der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. Danach war er elf Jahre lang geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen in Deutschland. Peter Horn war seit seiner Jugend Mitglied der Zentrumspartei. Der CDU gehört er seit ihrer Gründung an. 1946 wurde er in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung berufen. Im Wirtschaftsrat war er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Er hat sich dabei auf dem Gebiet der Arbeit und der Sozialversicherung besonders verdient gemacht. Dem hessischen Landtag gehört Peter Horn seit Februar 1950 an. Hier ist er vor allem im Sozialpolitischen Ausschuß in den Vordergrund getreten.

A IV 4 Produktion**ERP-Mittel für die Landwirtschaft**

Abgeordnete der CDU/CSU haben im Bundestag eine Aenderung des Rückerstattungsgesetzes in dem Sinne beantragt, daß der Berechtigte auch für Rechtsgeschäfte, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 abgeschlossen wurden, die Voraussetzung einer Vermögensentziehung nachzuweisen hat und das Anfechtungsrecht nur insoweit besteht, als nach allgemeinen rechtlichen Bestimmungen ein Anfechtungsrecht gegeben ist. Dabei soll die Anfechtungsfrist als gewahrt gelten, wenn der Berechtigte rechtzeitig den Anfechtungsantrag nach dem Rückerstattungsgesetz gestellt hat. Gleichzeitig wird die Bundesregierung ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, daß bis zur Aenderung der gesetzlichen Vorschriften der bäuerliche Besitz in seinem derzeitigen Bestand erhalten wird. Im Hinblick auf die Dringlichkeit sollen ERP-Mittel für diesen Zweck sofort zur Verfügung gestellt werden.

A III 1 a CDU/CSU**Anträge im Bundestag**

Auf Antrag verschiedener Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion beschloß der Ausschuß für ERP-Fragen, die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß zum Wiederaufbau eines konkurrenzfähigen Fremdenverkehrsgewerbes ausreichende Kredite zur Verfügung gestellt werden. In einem weiteren Antrag der Fraktion wird die Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß die für die erheblich Gehbehinderten ausgegebenen Ausweise in ihren Vergünstigungen in allen Bundesländern einheitlich anerkannt werden.

A IV 7 e Wohnungsbau**Für den Althausbesitz**

Den Althausbesitzern fehlt nach dem Währungsschnitt in der überwiegenden Mehrheit das Geld für die Instandsetzung ihrer reparaturbedürftigen Häuser. Um ihnen zu helfen und das im Hausbesitz ruhende Volksvermögen zu erhalten, hat die CDU/CSU im Bundestag einen Antrag eingebracht der die Bundesregierung ersucht, im Rahmen des zweiten Arbeitsbeschaffungsprogramms für den Hausbesitz den Betrag von 100 Millionen D-Mark als kurzfristige Reparatur-Darlehen zur Verfügung zu stellen. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß Kredite zur Behebung der Reparaturbedürftigkeit des Althausbesitzes nicht zu bekommen sind. Die öffentliche Hand müsse deshalb hier helfend eingreifen.

A IV 1 d Kirchen**Um die Deutschen in Korea**

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat eine Anfrage der CDU-Fraktion über das Schicksal von 62 deutschen Missionsangehörigen beantwortet, die in Korea verhaftet worden sein sollen. Dr. Adenauer erklärte, er habe sich in dieser Angelegenheit schon zu einem früheren Zeitpunkt an die Oberkommissare gewandt. Der amerikanische Oberkommissar habe ihm versichert, der USA-Botschafter in Südkorea sei beauftragt worden, nach dem Verbleib der deutschen Missionsangehörigen zu forschen oder vorzuschlagen, auf welchem Wege am besten Informationen erlangt werden könnten. Dr. Adenauer betonte, er werde sich weiterhin um diese Angelegenheit kümmern (vgl. Nr. 39 vom 24. Mai 1950).

A IV 6 e Mitbestimmungsrecht**Um die Mitbestimmung**

Das Organ der hessischen FDP hatte die Erklärung des Papstes zum Mitbestimmungsrecht zum Anlaß genommen. seiner Befriedigung über die totale Ablehnung des Mitbestimmungsrechtes durch die höchste Stelle der kath. Kirche zum Ausdruck zu bringen. Hierzu erklärte der Landesvorsitzende der hessischen CDU am 12. Juni, die FDP könne nun der CDU nicht mehr vorwerfen, daß sie an Rom gebunden sei. Der zustimmende Kommentar der FDP bedeute aber für die FDP eine „Verpflichtung, auch dort die Autorität des Papstes gelten zu lassen, wo man sie bisher als mit der liberalistischen Auffassung nicht in Einklang stehend abgelehnt“ habe. Zu der Erklärung des Papstes selbst Stellung zu nehmen, lehnte Dr. Hilpert ab, solange nicht der volle Wortlaut in einer authentischen Uebersetzung vorliegt.

A IV 10 b Entnazifizierung**CDU/CSU fordert Gerechtigkeit**

Zu den Beratungen über den Regierungsentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes stellte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Sieben-Punkte-Forderung auf. Sie verlangt, daß alle noch arbeitsfähigen Beamten so bald wie möglich wieder beschäftigt werden. Die Vertriebenen sollen mit den Einheimischen gleichberechtigt sein. Der für jeden Staatsbürger in gleicher Weise geltende Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit muß nach der Forderung der CDU/CSU gewahrt, und die von jedem einzelnen erworbenen Ansprüche müssen anerkannt werden. Jede Diffamierung und Schlechterstellung der ehemaligen Berufssoldaten soll beseitigt werden. Die Grundlagen des Berufsbeamtentums müssen gewahrt werden. Die CDU/CSU verlangt für alle Länder eine gleichmäßige Regelung und die baldige Verabschiedung des Gesetzes.

A IV 10 b Entnazifizierung**Rechtsstellung entnazifizierter Beamten**

Der bayerische Verfassungsgerichtshof hat am 10. Juni in der „Klagesache Studienrat Martin u. a.“ die bayerische Verordnung Nr. 113 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Die Verordnung war auf Grund einer im bayerischen Beamtengesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen worden; sie bestimmte, daß 1945 aus politischen Gründen entlassene Beamte auch dann keinen Anspruch auf Wiedereinstellung hätten, wenn sie später in die Gruppe der Mitläufer eingestuft würden. Der Verfassungsgerichtshof sah in dieser Verordnung einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit und des Verbots der Doppelbestrafung. Das Innenministerium stellte eine Regelung der Rechte der betroffenen Beamten in Aussicht.

A IV 1 a Allgemeines**Ablehnung einer Bundespolizei**

Ministerpräsident Dr. Ehard gab am 12. Juni vor der Landtagsfraktion der CSU eine kurze ablehnende Stellungnahme zur Frage einer Bundespolizei ab. Fraktionsvorsitzender Dr. Hundhammer faßte die Stellungnahme der Fraktion wie folgt zusammen:

„Die Fraktion ist der Meinung, daß von Bayern aus unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß dieser Plan einer Bundespolizei nicht zustande kommt, sondern daß vielmehr die Polizei den Ländern verbleiben und im notwendigen Maß weiter ausgebaut werden muß.“

C b Landesparteien**Gegen Demokratischen Frauenbund**

Wie in anderen Städten Westdeutschlands wurde auch in Stuttgart am 19. Mai der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD), die einzige in der Ostzone zugelassene Frauenorganisation, gegründet. Der DFD hat es sich zum Ziele gesetzt, in Westdeutschland unter dem bekannten Motto „Einheit Deutschlands — gerechter Frieden“ besonders die Frauen auf dem flachen Lande für sich zu gewinnen. Gleichzeitig finden überall wieder Unterschriftensammlungen für „Einheit und Frieden“ statt. — Das Frauensekretariat der CDU Nord-Württemberg führt laufend stark besuchte Versammlungen in den Kreisstädten und auch in den Landgemeinden durch, um die Frauen über die kommunistischen Machenschaften aufzuklären und davor zu warnen, dem DFD beizutreten oder ihre Unterschrift herzugeben. Gleichzeitig wird den Frauen über die Arbeit der CDU im Landtag und Bundestag berichtet. Die Vorträge werden überall mit großem Interesse aufgenommen.

A V h Schleswig-Holstein**BHE gegen Wahlgesetz**

Nach den Landesverbänden der CDU, DP und FDP hat nun auch der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Landesregierung und den Landtag wegen des Landeswahlgesetzes verklagt. Nach Ansicht der Vertriebenen sind gewisse Bestimmungen des Wahlgesetzes ungültig, da sie gegen das Grundgesetz und die schleswig-holsteinische Landesverfassung verstoßen. Die Kläger wenden sich gegen die Bestimmung, daß sämtliche Parteien in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen müssen, wenn ihre Reststimmen auf der Landesliste verrechnet werden sollen.

A VI Sowj. bes. Zone**Opposition der Ostzonen-CDU**

In Dresden und anderen sächsischen Orten sind zahlreiche Flugblätter mit Auszügen aus einer Rede des früheren CDU-Landesvorsitzenden, Prof. Hickmann, verteilt worden. Prof. Hickmann hatte damals erklärt, der Sowjetzonenstaat bedürfe, wenn er legitim sein wolle, der Grundlage demokratischer und parlamentarischer Wahlen. Mit diesen Worten, so heißt es in dem Flugblatt, habe Hickmann ausgesprochen, was die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung denke. Die Delegierten des Landesparteitages Sachsen, die am 23. Juni in Dresden zusammentreten, werden aufgefordert, sich als Sprecher der Masse der CDU-Wähler, nicht aber als „Marionetten einer kleinen SED-hörigen Clique“ zu fühlen und „aufrecht wie Hickmann ihre wahre Meinung zu sagen“.

A V f Nordrhein-Westfalen**Gesetzliche Regelung der Gastschulbeiträge?**

Die Regierung von Nordrhein-Westfalen hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Einführung eines Gastschulbeitrages vorgelegt. Der Grundgedanke dieses Gesetzes ist, durch den Gastschulbeitrag die dem Schulträger durch den Besuch der auswärtigen Schüler entstehende Mehrbelastung auszugleichen. Der Beitrag soll erhoben werden, wenn die Zahl der auswärtigen Schüler 25 % der Gesamtschüler übersteigt. Die Höhe des Beitrages soll zwischen dem Schulträger und den beitragspflichtigen Stadt- und Landkreisen jährlich vereinbart werden. In Streitfällen entscheidet eine Schiedsstelle. Der Beitrag darf höchstens 75 % der Kosten betragen, die der Schulträger im abgelaufenen Schuljahr durchschnittlich für den einzelnen Schüler der Gastschule aufgewendet hat. — Einen ähnlichen Gesetzentwurf hat die Regierung von Niedersachsen vorgelegt, gegen den zahlreiche ländliche Gemeinden bereits energischen Protest erhoben haben.

A IV 6 h Kriegsoferversorgung**Kriegsofener in Aktion?**

Trotz der erfreulichen wirtschaftlichen Gesundung unseres deutschen Volkes und der Annäherung an normale Lebensverhältnisse ist die Not der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen heute noch riesengroß. Im Bewußtsein christlicher Verantwortung hat sich die CDU seit ihrer Gründung mit diesem schwierigen Problem befaßt. Bis zur Bildung der Bundesregierung waren noch die alliierten Militärregierungen für die Versorgung der Kriegsofener verantwortlich. Trotzdem hat sich die CDU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates immer wieder bemüht, diesen Hilfsbedürftigen zu helfen. Besonders der Erfolg der CDU-Fraktion im Lande Nordrhein-Westfalen durch die Schaffung eines verbesserten Rentenversorgungsgesetzes hat bei den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine spürbare Befriedigung ausgelöst.

Die Bundesregierung in Bonn ist nun beauftragt, ein einheitliches Bundesversorgungsgesetz zum Wohle der Kriegsofener auszuarbeiten. Die Kriegsofenerausschüsse der CDU haben sich in Verbindung mit der Bundesregierung unablässig um die notwendige Reform der Kriegsoferversorgung bemüht. Bis zur endgültigen Reform wurde vom Bundestag gegen die Stimmen der Oppositionsparteien ein vorläufiges Ueberbrückungsgesetz geschaffen. Die Interessenorganisationen starten nun in unverantwortlicher Weise öffentliche und nichtöffentliche Protestkundgebungen und Versammlungen. Es ist klar ersichtlich, daß diese Kundgebungen ferngesteuert werden und daß im besonderen SPD und KPD versuchen, aus der Unzufriedenheit der Kriegsofener Kapital zu schlagen. Man versucht mit allen Mitteln, der fruchtbaren Arbeit der CDU für die Kriegsofener etwas anzuhängen. Im Sinne der Düsseldorfer Leitsätze wird jedoch eine fortschrittliche und vernünftige Sozialpolitik geleistet. Es ist für die Gegner leicht, demagogische Forderungen zu stellen und in den Parlamenten Fensterreden zu halten. Unentwegt bemüht sich daher die CDU im Geiste der christlichen Nächstenliebe für die Kriegsofener um eine ausreichende Rentenversorgung, die Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben und ein menschenwürdiges Dasein.

C d Junge Union**Aus der hessischen JU**

Die Landesfrauenbeauftragte der JU Hessen, Anne Kremer-Offenbach, mußte aus Gesundheitsrücksichten ihr Amt niederlegen. Der hessischen JU ist Fräulein Kremer durch ihre aktive Arbeit im Landesvorstand der CDU und durch ihre Untersuchungen über die Stellung der Frau im politischen Leben bestens bekannt geworden. — Die Leitung des Kreisverbandes Kassel der JU ist auf Walter Gerold übergegangen. Die rege politische Arbeit wurde, unter Mitwirkung berufener Kräfte mit einer Aussprache über die Zusammenarbeit mit der konfessionellen Jugend in der Politik fortgesetzt. — Die JU Fulda kündigt für den 2. Juli eine Arbeitstagung an, die sich vor allem mit den Aufgaben der Frau im politischen Leben befaßt.